Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue. Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 28.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 14.50 Mark, monatlich 5.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die 8abgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 193. Freitag, den 19. August 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist mit einem Zusammentritt des Reichstages am 6. September nicht mehr zu rechnen. Die Einberufung wird vielmehr auf ein zurzeit noch nicht feststehendes späteres Datum verschoben werden.

Außer den großen Steuergesetzen wird eine Reihe neuer Gesetzesvorlagen dem Reichstag zugehen, darunter die im Anschluß an das Washingtoner Uebereinkommen vom 28. November 1919 ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über das Arbeitsrecht.

Die Reichsregierung hat Anfragen über eine Neuordnung der Sonntagsruhe an die Länder gerichtet. Dem Rundschreiben lag der Entwurf eines Referats bei, der aber völlig unverbindlich ist.

Der Völkerbundsrat tritt am 29. August in Genf zusammen zwecks Prüfung der oberschlesischen Frage.

Heute wird die Räumung Westungarns durch Ungarn und die allmähliche Uebergabe an die Ententekommission und dann an die österreichischen Behörden beginnen.

Gefährliches Spiel.

W. W. Zunächst eine Tatsache: die Landwirte im Kreise Bielefeld haben freiwillig beschlossen, die Umlage von 72 000 Doppelzentner auf 75 000 Doppelzentner zu erhöhen. Dabei ist die Ernte im Kreise Bielefeld nicht besonders günstig ausgefallen. Trotzdem haben die Landwirte hohes Verantwortungsgefühl gezeigt, weil nur so der Uebergang zur freien Getreidewirtschaft ohne Hemmungen und Schwierigkeiten vollzogen werden kann. Soll dies Beispiel ohne Nachahmung bleiben? Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist, durch eine unüberlegte parteipolitische Wühlerei geschürt, ohnedies sehr groß. Ihn zu mildern und zu überbrücken ist die Aufgabe aller, die guten Willens sind. Gewiß, die Landwirte sind vielfach und ungerecht angegriffen worden. Daß sie durchweg Brotwucherer genannt werden, ist noch nicht einmal das Schlimmste. Solche Angriffe müssen verbittern und auf der anderen Seite das auslösen, was verhindert werden muß. Die Wirtschaftsgruppen sind nun einmal aufeinander angewiesen. So gut aber gefordert werden muß, daß unberechtigte Angriffe unterbleiben, so gut muß auf der anderen Seite alles vermieden werden, irgendwie einen Grund für neue Angriffe zu bieten. Daß die Landwirte verdienen wollen und im Verhältnis zur Geldentwertung für ihre Erzeugnisse höhere Preise nehmen, ist an sich ebenso wenig zu tadeln, wie das Bestreben gewerblicher Arbeitnehmer, ihre Einkünfte im Verhältnis zur Geldentwertung zu steigern.

Umso unverständlicher ist es, daß z. B. in Bayern und auch in anderen Ländern die Landwirte für die schwierige Wirtschafts- und Ernährungslage des Reiches nicht das notwendige Verständnis aufbringen. Es wird glaubhaft berichtet, daß die Ernte sehr frühzeitig einsetzte, daß sofort ausgedroschen wurde, um das ganze Korn dann unter Umgehung der Umlage zu freien Marktpreisen zu verkaufen. Die Landwirte, die sich zu solchen Handlungen bereitfinden, erzielen zwar dadurch einen höheren Gewinn; aber es fragt sich, ob sie sonderlich viel Vorteile von ihm haben werden. Zunächst wird die Folge sein, daß die Zwangswirtschaftsfesseln wieder straffer gezogen werden, da es scheinbar keinen anderen Weg gibt, um die Umlage sicherzustellen. Es ist nicht unbedingt notwendig, zu diesen Mitteln zu greifen, denn es sind noch andere vorhanden, die den pflichtvergessenen Landwirten das Gewissen schärfen. Da die Kreise verpflichtet sind, die Umlage bereitzustellen, so können sie auch angehalten werden, den fehlenden Rest auf dem freien Markt zu freien Preisen aufzukaufen. Die rechtzeitige Ankündigung dieser Strafmaßnahme würde schon genügen, um ähnliche Vorgänge wie der frühzeitige und heimliche Ausdrusch zum Schaden der Umlage zu verhindern. Der Zwangsankauf auf dem freien Markt würde den Kreisen, die mit der Umlage im Rückstand sind, teuer zu stehen kommen. Jeder Gewinn aus dem Schwarzverkauf ginge verloren, ja es stünde zu erwarten, daß die Kreise zu höheren Preisen zurückkaufen müßten, als die Landwirte sie beim Schleichhandel erzielten. Nicht minder gefährlich als diese Umgehungsversuche der Getreideumlage sind die Bestrebungen, Wirtschaftsgrenzen innerhalb des Reiches aufzurichten. Das verrät eine völlige Mißachtung des geschlossenen wirtschaftlichen Aufbaues und der wirtschaftlichen Zusammenhänge. Jeder Druck erzeugt Gegendruck. Wenn es einem Lande tatsächlich gefallen sollte, seine agrarischen Erzeugnisse durch eine innere Wirtschaftsgrenze zu schützen, so könnten andere Teile des Reiches als Notwehr auch eine Zollgrenze um das Gebiet errichten, das eine wirtschaftliche Sonderpolitik durchführen will. In Bayern sind die Bestrebungen Dr. Heims, aus der einheitlichen Ernährungswirtschaft herauszukommen, noch nicht erledigt. Allein es muß ein Ende mit diesen Sonderbestrebungen gemacht werden, wenn das Ganze nicht Schaden leiden soll. Wir sind auf Gedeih und Verderb untereinander verbunden. Entweder steigen wir wieder zusammen auf oder wir gehen zusammen unter. Es gilt, wieder Vertrauen zu einander zu gewinnen, um das Unheil, den Untergang zu verhüten. Wer mit diesem Unheil spielt, wer damit droht, weiß gar nicht, welch unsühnbares Verbrechen am deutschen Volke er damit begeht.

Deutschlands koloniale Zukunft.

Gouverneur Dr. Schnee fordert Kolonialbesitz.

Auf dem Kolonial- und Schiffahrtstage der Hamburger Sport- und Kulturwoche am 17. August sprach Gouverneur Dr. Schnee über das Thema Kolonie und Deutsche Kultur. Der Zusammenhang zwischen Kolonie und Kultur trete in Hamburg in besonders hohem Maße hervor, da von hier aus ein bedeutender Teil deutscher kolonialer Kulturarbeit geleistet worden sei. Unsere Kolonien seien, als wir sie erworben hätten unentwickelte Länder gewesen, in welchen die Ureinwohner im Kampfe aller gegen alle standen. Wir haben unsere Kultur dort hineingetragen, wir haben den Einwohnern Frieden, Ordnung und Sicherheit gebracht, ihre kulturelle Erziehung sei sowohl von der Regierung wie von den Missionen beider Konfessionen mit großem Erfolg aufgenommen worden. Wir bedürfen materiell wie kulturell der breiten Grundlage eigenen Kolonialbesitzes, ohne Kolonien wird weder unser politisches Denken, noch unsere Kultur sich voll entwickeln können. Nach diesen Ausführungen sprach Dr. Hasselmann, Syndikus der Hamburg-Amerika-Linie, über die Schiffahrt als Kulturträgerin. Er führte u. a. aus: Es ist immer so gewesen, daß jedes Volk, so lange es Kraft in sich fühlte, hinausgedrängt hat zum freien Meer, und es mag ein Zeichen dafür sein, daß unser Volk noch zu den jungen Völkern gehört, und daß es auch durch schwerste Schicksalsschläge sich nicht beugen lassen wird, wenn wir sehen, daß trotz der unabwendbaren Nöte der Gegenwart der Wille zu einer maritimen Zukunft sich nicht ertöten läßt. Daß ein jetzt verarmtes Volk sich entschließen konnte, seine ganze Kraft für den Wiederaufbau der Handelsflotte einzusetzen, ist der Ausdruck der klaren und starken Ueberzeugung im Lande, daß die Schiffahrt mehr ist als ein güterschaffendes Gewerbe, da sie, richtig verstanden, zur Kulturträgerin werden kann und muß. Bei den Neubauten, die auf unseren deutschen Werften jetzt entstehen, wird die uns auferlegte Beschränkung in der Verwendung von Material nur heilsam und förderlich sein können. Die Verwendung von Qualitätserzeugnissen, vereint mit Sorgfalt bei der Herstellung aller Einzeldinge, wird ein wohltuenderes, überzeugenderes Gesamtbild ergeben, als die Schein-Architektur des Ueberluxus.

Vier bedeutsame Entschließungen des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 18. August eine Reihe von Entschließungen gefaßt. Die erste Entschließung enthält einen Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft, sich gegen die drohende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Die Gewerkschaften hätten die Pflicht, den Kampf der Arbeiter um ausreichende Lohnerhöhung mit allen Mitteln zu unterstützen. Die Durchführung der erforderlichen Lohnbewegung sei Aufgabe der einzelnen Verbände. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes werde beauftragt, den Verbänden in der bevorstehenden allgemeinen Lohnbewegung jede mögliche Hilfe zu leisten. Zur Herbeiführung einer geschlossenen Einheitsfront aller Lohn- und Gehaltsempfänger sei die bereits eingeleitete Verbindung mit den anderen Gewerkschaftsrichtungen sowie mit den Gewerkschaften der Angestellten und Beamten aufrechtzuerhalten. In der zweiten Entschließung wird eine Erhöhung der Einkommen aus den Unfall-, Alters- oder Invalidenrenten, sowie der Unterstützungssätze der Erwerbslosen und Kranken gefordert. Die dritte Entschließung richtet an die Arbeitgeber aller Berufe und Industriezweige die Warnung, nicht durch Abweisung der notwendigen Lohnforderungen große Arbeiterkämpfe und die daraus sich ergebenden neuen Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Ehrenhafte Pflicht der Regierungen, Behörden sowie aller derjenigen, denen die Erhaltung und Stärkung der deutschen Volkskraft obliegt, sei es, der Arbeiterschaft in ihrem Existenzkampf tatkräftig beizustehen. Sie verlangt hinsichtlich der neuen Steuerpläne eine Minderbelastung des Verbrauchs, dessen Besteuerung lediglich zu neuen ungeheuren Preissteigerungen führen würde, und fordert ein Steuersystem, das in erster Linie die von der Geldentwertung seither unberührt gebliebenen Sachwerte, insbesondere die in den Industriewerken und im Boden ruhenden Kapitalwerte erfaßt und das Reich an den Erträgnissen des mobilen und immobilen Kapitals teilnehmen läßt. Die letzte Entschließung fordert eine Aenderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel). Die Gewerkschaften erklärten sich bereit, mit ihren Kräften an der baldigen Lösung dieser Aufgabe mitzuwirken.

Burgfriede in Oberschlesien.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Am 25. August soll nun angeblich der Völkerbundrat in Genf zusammentreten. Es wird geraume Zeit vergehen, bis er in die Lage kommen wird, sein Gutachten abzugeben. Aber wenn er auch glücklich bis zu dem Ende gelangen sollte, so vermag niemand zu sagen, was dann sein wird. Bis zur Stunde beharrt Frankreich noch immer auf einstimmiger Annahme des Beschlusses oder Vorschlages und sichert sich durch ein Veto, das unter Umständen alle Verhandlungen von vornherein illusorisch machen kann. Zudem sind die Gegensätze in der englischen und französischen Auffassung heute noch so scharf wie je. In Frankreich ist man höchst übel gelaunt über die ungeschminkte Sprache des englischen Premiers und nicht minder verstimmt durch die uneingeschränkte Unterstützung, die er beim englischen Parlament gefunden hat. Wie sich die Dinge zwischen England und Frankreich weiter entwickeln werden, läßt sich noch nicht übersehen. So wenig wir vielleicht weitere englische Nachgiebigkeit befürchten müssen, nicht nur, weil sie einer Verscherzung des englischen Prestiges gleichkäme, sondern weil damit England auch die letzte Möglichkeit verpassen würde, dem wirtschaftlichen Imperialismus Frankreichs das fette Beutestück Oberschlesien zu entreißen, so wenig ist die Möglichkeit von der Hand zu weisen, daß die z. B. sehr wenig hoffnungsvoll sich gestaltende Lösung der irischen Frage Englands Aufmerksamkeit und Interesse so sehr in Anspruch nehmen und in Mitleidenschaft ziehen könnte, daß es sich sagte, daß ihm das Hemd näher ist als der Rock.

Unter diesen Umständen, die die endgültige Regelung der oberschlesischen Frage noch ungewiß genug erscheinen lassen, gewinnt der Burgfriede, der jetzt in Oberschlesien zwischen den berufenen Vertretern aller deutschen und polnischen Parteien und Gewerkschaften abgeschlossen worden ist, ganz besondere Bedeutung. Die feierliche Erklärung, in der sich beide Seiten gegen eine gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage wenden, in der sie sich verpflichten, die nationalen Gegensätze in friedlicher und gerechter Arbeit zu überbrücken, das nationale Empfinden und die wirtschaftliche und politische Anschauung eines jeden zu achten, in der sie jede Gewalttätigkeit gegen Andersdenkende, jede Bedrohung des Lebens, der Gesundheit und des Eigentums verurteilen, ist von so einem starken Geiste der Versöhnlichkeit durchweht, daß man von ganzem Herzen hoffen möchte, daß diese schönen Worte auch Taten werden und endlich Ruhe und Ordnung in das gemarterte Land einziehen. Es bedarf auch keiner Versicherung, daß die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens alles tun und alles lassen wird, um ihrerseits dieses Versprechen zu erfüllen. Umso mehr muß man dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Worte auch bei den Polen auf den Boden fallen, auf dem die guten Taten wachsen. Nur haben wir leider bisher Anlaß genug gehabt, derartigen polnischen Versicherungen recht skeptisch gegenüber zu treten. Auch diesmal scheint solche Vorsicht nicht unangebracht zu sein. Wird doch gleichzeitig gemeldet, daß das englische Truppenkommando dem englischen Vertreter in der J. A. K. einen Bericht über die bedrohliche Lage in den südlichen und südöstlichen Kreisen Oberschlesiens überreicht und ein sofortiges Eingreifen der J. A. K. gefordert hat, um einen neuen polnischen Aufstand zu vermeiden. Zu gleicher Zeit hat das englische Truppenkommando innerhalb seines Besetzungsgebiets die Gemeindewehren aufgelöst, und wenn Italien und England sich jetzt entschlossen haben, je zwei Bataillone zur Verstärkung nach Oberschlesien zu entsenden, so wird man wohl auch diese Maßnahme damit in Zusammenhang bringen dürfen. Schließlich und endlich hat die polnische Regierung soeben den Mitgliedern des Obersten Rates eine Note überreichen lassen, in der sie darauf aufmerksam macht, daß die Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien gewichtige Folgen haben könne. Das sieht recht wenig nach burgfriedlichen Absichten aus, sondern viel mehr nach einer Bestätigung der Meldung des englischen Truppenkommandos von einem neuen Aufstand, der das wirtschaftliche Leben und die produktive Arbeit in diesem vielgeplagten Lande von neuem aufs schwerste erschüttern müßte; umso mehr als sich jetzt die monatelange Irreführung der Oeffentlichkeit zu dem Glauben, daß man in Oberschlesien das lautere Gold mühelos finden könne, durch ein erschreckendes Ueberhandnehmen der Streikbewegung bitter rächt.

Trotz alledem muß man den Abschluß des Burgfriedens aufrichtig begrüßen und darauf hoffen, daß endlich auch bei der polnischen Regierung die Einsicht einkehre, daß mit Putschen, mit Gewalt niemals eine Lösung zu erzielen sein wird, die ein freundnachbarliches Zusammenleben beider Nationen ermöglicht. Von französischer Seite wird immer noch der Gedanke eines deutsch-polnischen Meinungsaustausches genährt. Das einzige, was ihn uns verdächtig machen kann, ist die Tatsache, daß er von französischer Seite kommt; sonst wäre kein triftiger Grund ersichtlich.

SLUB Wir führen Wissen.